

WIRTSCHAFT

KOMPAKT

Namen und Nachrichten

Landwirtschaftliche Betriebe immer größer

Wiesbaden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist seit 2010 um zwölf Prozent auf insgesamt 263.500 gefallen, so das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche blieb 2020 mit 16,6 Millionen Hektar, 46,5 Prozent der Fläche der Bundesrepublik, nahezu konstant. Die Betriebe vergrößerten sich im Schnitt auf die Rekordfläche von 63 Hektar, 13 Prozent mehr als vor zehn Jahren. 14 Prozent aller Betriebe bewirtschaften nun 62 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. *dpa*

Braunkohle: Sachsen stoppt Dorf-Abriss

Leipzig. Nach jahrelangem Ringen bleibt das Dorf Pödelwitz im Kreis Leipzig vom Abriss verschont. Das sächsische Wirtschaftsministerium teilte gestern mit, dass im Mitteldeutschen Revier keine weitere Kommune wegen des Braunkohleabbaus mehr umgesiedelt werden muss. Im Aachener Revier sollen trotz des beschlossenen Kohleausstiegs bis zum Jahr 2038 noch mehrere Dörfer den Braunkohlebaggern weichen. *dpa*

AUS DEN UNTERNEHMEN

Bertelsmann. Thomas Rabe bleibt weitere fünf Jahre Vorstandschef beim Medien-, Dienstleistungs- und Bildungskonzern aus Gütersloh. Der Aufsichtsrat von Bertelsmann verlängerte gestern den Ende 2021 auslaufenden Vertrag mit dem 55-Jährigen bis 2026.

Meyer-Werft. Beim kriselnden Kreuzfahrtschiffbauer haben Hunderte Mitarbeiter für den Erhalt ihrer Jobs demonstriert. Sie befürchten, durch billigere Werkvertragskräfte ersetzt zu werden. Bei der Meyer Werft an der Ems stehen 1800 von insgesamt 4500 Jobs auf der Kippe.

HEUTE VOR 40 JAHREN



PHOTO: IMAGO

Die Post verspricht, die **Überlastung der Telefonleitungen** schnell zu beseitigen. Besonders werktags zwischen 18 und 20 Uhr sowie am Sonntag kommen **häufig keine Gespräche** zustande. Außerdem soll keine Werbung mehr für neue Telefonkunden gemacht werden. 1979 und 1980 waren allein **1,6 Millionen Anschlüsse** dazugekommen.

WORTLAUT

„Wir können eine abrupt gestiegene Nachfrage an FFP2-Masken beobachten.“

Christoph Werner, Chef der Drogeriekette dm. Es drohe laut dpa-Umfrage unter Drogerieketten und Apothekern jedoch kein Engpass.

Sein Weinkeller ist schon leer

„Schlemmwerk“ – Wirt Torsten Schmidt wartete zehn Wochen auf den ersten Abschlag der Staatshilfe des Bundes. Über den Gaststättenverband ärgert er sich aber auch

Von Frank Meßing

Essen. Seinen Weinkeller hat Torsten Schmidt vorsichtshalber „leerverkauft“. Der Betreiber des Restaurants „Schlemmwerk“ in Essen hat gehäht, dass die Durststrecke für die Gastronomie lang sein wird. Mit Außerhaus-Verkauf und klugem Verhalten versucht er sich über Wasser zu halten. Umso mehr ärgert es den gelernten Koch, dass die vom Bund versprochene Hilfe auf sich warten lässt. Mitte Januar erhielt er den ersten Abschlag für die November-Hilfe.

„Es ist doch nur eine Ausrede, dass die Software nicht funktioniert“, vermutet Schmidt. Er und sein Steuerberater hätten mehrfach in den Ministerien in Berlin und Düsseldorf nachgefragt, aber keine Antwort auf die drängende Frage erhalten, warum das alles so lange dauert. „Man hat keine Chance nachzuhaken“, ärgert er sich.

Der Vermieter ist „sehr entgegenkommend“

Denn mit dem Beginn des zweiten Lockdowns hat das „Schlemmwerk“ seit dem 2. November geschlossen. Der Betrieb ist recht klein: Mit dem Chef sind sie zu viert. Hinzu kommen Aushilfen. Die Servicekräfte befinden sich seit November in Kurzarbeit. Schmidt selbst und ein weiterer Koch bereiten an vier Tagen der Woche in der Küche Speisen zum Mitnehmen zu.

Mit mäßigem Erfolg. „Im November und Dezember sind wir gerade einmal auf ein Drittel des normalen Umsatzes von dieser Zeit gekommen“, erklärt Schmidt. In den beiden Monaten, die vor der Pandemie in der Branche zu den stärksten zählen, sei das To-Go-Geschäft „gut gelaufen“, meint der Wirt. „Zu Weihnachten sitzt das Geld bei den Leuten etwas lockerer. Jetzt im Januar ist das aber wieder auf ein normales Niveau zurückgegangen.“

Das „Schlemmwerk“ komme nur über die Runden, weil „Vermieter und Banken mitspielen“, erzählt Schmidt. „Wir können die Kosten gerade so decken“. Denn die werden weiter vom Geschäftskonto, das zum Jahresanfang ins Minus gerutscht ist, abgebucht – trotz des Lockdown. „Unser Vermieter ist sehr entgegenkommend“, sagt der



Koch Torsten Schmidt (44), Betreiber des „Schlemmwerks“ in Essen, klagt über die Perspektivlosigkeit der Gastronomie in Deutschland in den Zeiten der Pandemie.

FOTO: LARS HEIDRICH / FUNKE FOTO SERVICES

Gastronom. Aber Strom, Telefon, Wlan, die Leasing-Raten für Kaffeemaschine, Firmenwagen und Kassensystem liefen weiter. Hinzu kommen Beiträge für Krankenkasse, Berufsgenossenschaft, IHK und – das ärgert Schmidt besonders – für den Branchenverband Dehoga. „Die haben 280 Euro für das erste Quartal kassiert, als sei nichts gewesen“, schimpft der Wirt. „In diesen Zeiten tun auch kleinere Beträge weh.“

„Diese Perspektivlosigkeit geht auch auf die Psyche.“

Torsten Schmidt, Koch und Betreiber des „Schlemmwerks“ in Essen

Im Prinzip findet er die bisher geltende Corona-Regelung gar nicht so schlecht. Für die Zeit, in der das „Schlemmwerk“ wegen der Pandemie schließen muss, sollte es eine Erstattung von 75 Prozent des Vorjahresumsatzes geben – abzüglich des Außer-Haus-Geschäfts. „Das hält sich aber in Grenzen“, meint Schmidt. „Mit der Erstattung kämen wir klar“, sagt er. Allerdings ist von der Hilfe aus Berlin bislang wenig beim Essener angekommen.

Seinen Kollegen, mit denen er in Kontakt steht, ergehe es nicht anders. „Nur bei wenigen gab es eine zügige Auszahlung. Dabei sind wir dringend auf das Geld angewiesen“, unterstreicht Schmidt.

Seine Skepsis nach den bisherigen schlechten Erfahrungen ist groß. „Ich fürchte, dass irgendwann der Paukenschlag kommt und wir müssen die Nothilfe zurückzahlen.“ Konkrete Anzeichen gibt es dafür freilich nicht.

Der Wirt aus Essen steht mit seinen Problemen nicht allein. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamts ist der Umsatz in der nordrhein-westfälischen Gastronomie im November preisbereinigt um 63,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen. Im von der Pandemie besonders betroffenen Hotelgewerbe betrug der Umsatzeinbruch sogar 82,6 Prozent. In Gaststätten, die vor allem vom Getränkeausschank leben, sank der Umsatz um 77,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe lag im November um 21,9 Prozent unter der im von November 2019.

Der Betreiber des „Schlemmwerk“ macht kein Hehl daraus, dass der Schaden in dieser nicht enden

wollenden Corona-Krise nicht nur materiell sei. „Diese Perspektivlosigkeit geht auch auf die Psyche“, klagt der Gastronom. Es sei überhaupt nicht abzusehen, wann er wieder öffnen könne.

„Die Leute fragen doch schon jetzt nach, ob sie im Sommer wieder bei uns feiern können.“ Eine Antwort kann ihnen Schmidt nicht geben. Er wünscht sich, dass die Politik „für eine gewisse Zeit viel härter durchgreift“, um zumindest in Richtung Ostern Licht am Ende des Tunnels sehen zu können.

Existenzangst

■ Im Corona-Jahr sah es für viele Gastronomie nicht rosig aus. Für die ersten elf Monate 2020 ermittelten die Statistiker für das nordrhein-westfälische Gastgewerbe ein **Umsatzminus von rund 35 Prozent.**

■ Beim Branchenverband Dehoga schrillen deshalb längst die Alarmglocken. Einer Umfrage zufolge **fürchten inzwischen mehr als drei Viertel um ihre unternehmerische Existenz.**

Neue Überbrückungshilfe gilt auch für Böller

Fixkosten sollen großteils aufgefangen werden. Lange Wartezeiten drohen aber auch diesmal

Von Stefan Schulte

Essen. Dass die Corona-Hilfen verspätet oder gar nicht ankommen, ist eine häufig zu hörende Klage aus den besonders betroffenen Branchen. Das dürfte sich bei der nachgebesserten Überbrückungshilfe III, deren Details Landwirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) für NRW am Freitag vorstellen will, kaum ändern. Denn das Prinzip, zunächst Abschläge der beantragten Summen und später den Rest zu zahlen, bleibt dasselbe. Und so wie der Rest für die einen größer ist als für andere, verhält es sich auch mit ihrer Ungeduld.

Die Politik hält große Zahlen dagegen: Bundesweit wurden seit Beginn der Corona-Krise bereits mehr

als 75 Milliarden Euro an Hilfen bewilligt, erklärte am Donnerstag das Bundeswirtschaftsministerium von Peter Altmaier (CDU). Dazu zählt es Kredite, Überbrückungshilfen sowie die November- und Dezemberhilfen für Betriebe, die seit Anfang November schließen mussten, insbesondere Gastronomen, Fitnessstudios Soloselbstständige wie freischaffende Künstler. Hinzu kommen 20 Milliarden Euro an Kurzarbeitergeld, das die Unternehmen bei den Personalkosten entlastet.

Die Hilfsprogramme laufen im neuen Jahr weiter, allerdings fallen die mit 75 Prozent Umsatzkompensation großzügig ausgestalteten Hilfen wie im November und Dezember für betroffene Branchen weg. Für sie greift nun auch die Überbrückungshilfe III, mit der zumindest die Fixkosten großteils aufgefangen werden sollen. Dass sie nicht ausreichen, beklagt insbesondere der Einzelhandel, der ebenfalls seit Dezember schließen muss.



Auch der Pyrobranche wird geholfen.

FOTO: DPA

Für ihn ist die Nachbesserung gedacht, auch Saisonware wie Texti-

lien zum Teil als Fixkosten gelten zu lassen. Neben Winterkleidung werden auch Weihnachtsartikel und Feuerwerkskörper berücksichtigt. Die Pyrobranche erhält wegen des Verkaufsverbots für Feuerwerkskörper nun auch Lagerkosten bis Mitte 2021 erstattet. Zudem wird die monatliche Maximalhilfe auf 1,5 Millionen Euro verdreifacht.

Abschläge werden ab Februar gezahlt

Für die Überbrückungshilfe III soll es Abschläge geben, die ab Februar gezahlt werden – die Deckelung soll von 50.000 auf 100.000 Euro verdoppelt werden. Die Abschläge für November sind weitgehend geflossen, für Dezember fließen sie seit zwei Wochen. Die regulären Ab-

Eon setzt auf Beimischung grüner Gase

Erdgas sei nicht komplett ersetzbar

Essen. Der Energiekonzern Eon wirbt dafür, bei der Energiewende im Wohnbereich auf sogenannte grüne Gase zu setzen. Das sei die kostengünstigste und sozial ausgewogenste Lösung, um den CO₂-Ausstoß beim Heizen wirkungsvoll zu senken, sagte Eon-Vorstand Leonhard Birnbaum gestern in Essen. Bestehende Gasleitungen zu nutzen, um beispielsweise Wasserstoff zum Heizen in die Wohngebäude zu transportieren, vermeide aufwendige Renovierungen und damit verbundene Mietsteigerungen.

Eon hat für alle gut 100.000 Wohngebäude an seinem Firmensitz Essen in einem ComputermodeLL verschiedene Wege zur Reduktion der Treibhausgase durchgespielt. Dabei habe sich herausgestellt, dass eine Wärmeversorgung ohne Gas die Kosten für die Energiewende häufig in einkommensschwache Stadtteile verlagere, so Birnbaum. Dort seien die Wohnhäuser in der Regel älter und müssten dann besonders aufwendig gedämmt werden.

Nach den Überlegungen von Eon könnte dem Erdgas schrittweise CO₂-freies grünes Gas beigemischt werden. Denn für längere Zeit sei grünes Gas für eine Komplettumstellung noch zu teuer. *dpa*

Messe Düsseldorf sagt „boot“ für 2021 endgültig ab

Düsseldorf. Die Messe Düsseldorf hat aufgrund der anhaltenden Pandemie und den damit verbundenen weltweiten Lockdown-Maßnahmen entschieden, die „boot“ für dieses Jahr endgültig abzusagen. Die nächste „boot“ soll im Januar 2022 stattfinden. Eine Durchführung zum bereits in den April verschobenen Termin sei unter den gegebenen Umständen nicht mehr gewährleistet, sagt Wolfram Diener, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Düsseldorf. Das anhaltend hohe Infektionsgeschehen und das vorerst nicht absehbare Ende des Lockdowns ließen eine Wiederaufnahme des Betriebs Ende April unrealistisch erscheinen.